

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Flotn. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzigste älteste und geleseste Zeitung von Laurahütte-Siemianowik mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gelapten mm-Bl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 8-gelapten mm-Bl. im Reklametitel für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 19 Dienstag, den 2. Februar 1932 50. Jahrgang

Frankreich gefährdet die Abrüstungskonferenz Anschauung in Amerika — Der deutsche Standpunkt

Washington. Dem Weißen Hause nahestehe Kreise sind davon überzeugt, daß die französische Unterstützung des japanischen Vorgehens in China die letzte Hoffnung für einen Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz raubt. Staatssekretär Stimson trifft auch vorläufig keine Vorbereitungen für die Abfahrt nach Genf. Es herrscht die Ueberzeugung vor, daß Japan die französische Hilfe durch Zugeständnisse für Genf erkaufe, um ebenfalls für den Grundlag keine Abrüstung ohne Sicherheit antreten würde.

Das Ziel Deutschlands

London. Der Führer der deutschen Abordnung zur Abrüstungskonferenz, Botschafter Radolny, hat dem „Ostberliner“ eine Unterredung über die deutschen Ziele gewährt. Deutschland, so sagt er, werde eine positive Politik verfolgen.

Deutschland habe als ein entwaffneter Staat ein besonderes Interesse an der Abrüstung der anderen und werde darauf bestehen, daß die Abrüstung effektiv sein werde. Es halte die Art der Begrenzung der Rüstungshaushalte nicht für ausreichend, sondern werde unmittelbare Abrüstung fordern. Besonderes Gewicht legte Radolny darauf, daß zwischen den Staaten keine unterschiedliche Behandlung stattfindet.

Radolny bezeichnete die Gerüchte über geheime Rüstungen als völlig unbegründet. Sie seien anscheinend nur in die Welt gesetzt worden, um die Konferenz zu torpedieren und eine für Deutschland ungünstige Atmosphäre zu schaffen. Deutschland werde sich auf der Konferenz von dem guten Willen der Zusammenarbeit leiten lassen. In der nächsten Woche werde wohl Reichkanzler Brüning für kurze Zeit nach Genf kommen, der die gleichen Ansichten habe, wie er sie soeben geäußert habe.

China verläßt sich auf den Völkerbund Verhandlungen über Waffenstillstand ergebnislos — Amerika protestiert

Tokio. Die Waffenstillstandsverhandlungen, die am Sonntag in Schanghai stattfanden, sind, wie das Kriegsministerium mitteilt, ergebnislos verlaufen. Der Mitternacht sei darauf zurückzuführen, daß die chinesischen Vertreter alle japanischen Vorschläge abgelehnt hätten. Außerdem habe das japanische Marinekommando in Schanghai erklärt, daß es nicht in der Lage sei, ohne Wissen Tokio die chinesischen Vorschläge anzunehmen. Von den japanischen Unterhändlern war u. a. verlangt worden, daß alle Führer der japanfeindlichen Bewegung den japanischen Behörden zur Aburteilung ausgeliefert werden. Da die chinesischen Vertreter diese Vorschläge abgelehnt haben, können, wie das Kriegsministerium mitteilt, die Verhandlungen über den Waffenstillstand nicht fortgesetzt werden.

China denkt nicht daran, Japan den Krieg zu erklären

Moskau. Nach einer russischen Meldung aus Schanghai erklärte der chinesische stellvertretende Außenminister, daß die Meldung der britischen Agentur über eine angeblich chinesische Kriegserklärung an Japan nicht der Tatsache entspreche. Die chinesische Regierung denke nicht daran, Japan den Krieg zu erklären. Sie werde aber dem japanischen Druck nicht nachgeben und bis zur letzten Auszehrung kämpfen.

Amerikanischer Protest in Tokio

Tokio. Der amerikanische Botschafter in Tokio hat dem japanischen Außenminister Tōgōhama eine Protestnote wegen der Beschöpfung der bei Schanghai gelegenen Funkstation der amerikanischen Gesellschaft Radio Corporation durch japanische Bombenflugzeuge überreicht. Die amerikanische Regierung mache Japan für den entstandenen Schaden verantwortlich.



Zur Erklärung des offenen Krieges zwischen China und Japan

Links: Eugen Tchen, der frühere Außenminister der chinesischen Zentral-Regierung und Führer der japanfeindlichen Kreise, der jetzt den bewaffneten Widerstand Chinas organisiert. — Rechts: Hirohito, der Kaiser von Japan; sein Name bedeutet auf deutsch „Leuchtender Friede“. Leider aber steht die Politik seiner Generale im krassen Widerspruch zu diesem schönen Eigennamen.

Drei neue chinesische Noten an den Völkerbund

Genf. Die chinesische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes am Sonntag drei Noten übermittelt, in denen eine eingehende Darstellung der militärischen Vorgänge in Schanghai gegeben wird.

In der ersten Note wird erklärt, daß Schanghai schwer unter der Beschöpfung gelitten habe. Die chinesische Regierung verlange vom Völkerbund sofortige wirksame Maßnahmen und behalte sich das Recht vor, von Japan Entschädigung zu verlangen.

In der zweiten Note wird erklärt, daß die chinesischen Behörden einen Waffenstillstandsvorschlag des japanischen Flottenkommandanten in Schanghai angenommen hätten, die Japaner jedoch das Abkommen nicht eingehalten hätten. Die Lage in Charbin sei gleichfalls außerordentlich verwickelt.

In der dritten Note wird mitgeteilt, daß die japanischen Truppen eine große Feuerbrunst verursacht hätten, der einige hundert Gebäude zum Opfer gefallen seien. Die Löscharbeiten seien vom japanischen Admiral verhindert worden.

Molotow über Bedrohung Rußlands

Beschuldigungen gegen die Tschchoslowakei.

Moskau. Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Molotow, hielt auf der Parteikonferenz eine Rede über die allgemeine Außenpolitik. Zu den Ereignissen im Fernen Osten erklärte Molotow, die Sowjetunion sei gegen Schaffung eines Pufferstaates, der die politische Lage nur verschlechtern könne. Die Regierung werde ihre Friedenspolitik fortsetzen. Es seien aber seit geraumer Zeit verschiedene russenfeindliche Machenschaften im Gange, die beweisen, daß man einen Überfall auf die Sowjetunion vorbereiten wolle. Man sei in Moskau gut unterrichtet über die Verhandlungen zwischen den Weißrussen und der Tschchoslowakei einerseits und der Tschchoslowakei und Japan andererseits, die sich eine Einkreisung Sowjetrußlands zum Ziel gesetzt hätten. Der Krieg im Fernen Osten sei heute nicht mehr abzuleugnen. Je mehr man vom Frieden spreche, desto mehr näherte sich die Kriegsgefahr.

Amerikanische Manilaflotte nach Schanghai beordert

Washington. Der amerikanische 10 000-Tonnen-Kreuzer „Houston“ hat Befehl erhalten, von Manila nach Schanghai in See zu gehen. Admiral Taylor ist freigestellt worden, mehrere Torpedobootzerstörer mitzunehmen, wie er es für angebracht hält. Der Admiral begibt sich mit insgesamt 14 Kriegsschiffen nach Schanghai.

Die chinesische Regierung verläßt Nanjing

London. Die chinesischen Regierungsbehörden haben ihren Sitz von Nanjing nach Lonang in der Honanprovinz verlegt. Die Vorbereitungen hierfür waren schon seit einigen Monaten getroffen und die Staatsarchive waren bereits vor einiger Zeit dorthin überführt worden. Ministerpräsident Wangschingwei und auch Tschangkatshel haben sich angeblich dorthin begeben.



Oesterreichische Polar-Expedition

Zwei österreichische Forscher: Dr. Kametzkeider von der Universität Innsbruck (links) und Dr. Tollmer von der Wiener Universität (rechts) bereiten eine Expedition nach der norwegischen Vulkan-Insel Jan Mayen im nördlichen Eismeer, vor, wo sie sich meteorologischen und erdmagnetischen Forschungen widmen wollen.

Oppositionsanträge wegen Brest vor dem Sejm

Warschau. Während der Sejmigung am Freitag kam es wegen der Brest-Affäre erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierungsmehrheit. Am Abend hierzu gaben drei Anträge der Opposition:

1. Antrag über Mißbrauch von Polizeiberichten und Einflußnahme auf Gerichtsverhandlungen zum Zweck, Aufklärungen über den Brestfall zu verhindern;

2. Antrag sämtlicher polnischen Oppositionsparteien, demzufolge ein außerordentlicher Ausschuss zur Untersuchung der Brest Angelegenheit ins Leben gerufen werden soll;

3. Antrag der Sozialisten auf Abänderung der vor einigen Monaten durch den Justizminister erlassenen neuen Gefängnisordnung.

Alle Anträge wurden mit den Stimmen der Regierungsmehrheit abgelehnt. Ferner wurde eine Regierungsvorlage verabschiedet, wonach mit Rücksicht auf die Landwirtschaftsnot übergehend einige Bestimmungen der Agrarreform, wie die der zwangsweisen Parzellierung, aufgehoben werden, um dadurch dem Grundbesitz die Abzahlung von Steuerrückständen zu erleichtern.

Die Haushaltsausprache im Sejm über den Haushaltsplan für das Finanzjahr 1932/33 beginnt am 4. Februar.

Die Schuldigen

„Die Staatsmänner von Versailles tragen die Schuld an dem Zustand Europas“.

London. Der frühere Unterstaatssekretär im Schakamt, Lawrence, begründete es in einer Rede, daß die Bankiers und die Welt die Wahrheit über die Reparationen und Kriegsschulden sagten. Der größte Teil der Schuld für den jetzigen fürchterlichen Zustand in Europa trügen die Staatsmänner von Versailles. Staatsmänner und Bankiers würden ihre Pflicht nicht erfüllen, wenn sie nicht noch im Laufe dieses Jahres eine wirkliche Lösung des internationalen Schulden- und Währungsproblems zustande brächten.

Zur Auflösung des Jesuitenordens in Spanien

Rom. Nach einer Meldung des „Giornale d'Italia“ beabsichtigt der Vatikan aus der Tatsache der Auflösung des Jesuitenordens in Spanien keine weitgehenden Konsequenzen zu ziehen. Der Nuntius Tadeschini wird weiter in Madrid bleiben. Die Form des Protestes, die der Papst in seiner vor kurzem gehaltenen Rede über die Verfolgung der Kirche in Spanien anwandte, beabsichtigte keine Verschärfung des Konfliktes. Die Kirche ist in keiner Weise bestrebt, die Mißgunstung noch zu erhöhen. Die Mission des päpstlichen Nuntius in Spanien wird als äußerst schwierig bezeichnet.

Madrid. Fast sämtliche Jesuiten haben jetzt bereits ihre Residenzen und Klöster verlassen, ja zum größten Teil die Landesgrenze passiert. In ganz Spanien gibt es achtzig Jesuitenklöster oder Schulen. Die Anzahl der Jesuiten beträgt etwas mehr als 3000, Patres, Novizen und Laienbrüder eingeschlossen.

Bei Nachprüfung stellte es sich heraus, daß ziemlich viele Klöster und Schulgebäude dem Jesuitenorden formal gar nicht gehören, — d. h. wenigstens dem vorliegenden Vertrage nach —, sondern religiösen Vereinigungen oder Privatleuten. Das meteorologische Observatorium des Ebro gehört der zuständigen Diözese. Der Unterricht in den bisherigen Jesuitenschulen der verschiedenen Grade wird vom staatlichen Lehrpersonal fortgesetzt. In die Feuilleton-Universität Deusto kommen dreißig Universitätsprofessoren. Eine Anzahl der in Spanien bleibenden Jesuiten werden als Seminarlehrer oder als einfache Priester tätig sein.

